**VORTRAG VON SASKIA ULMER; REFERENTIN FRAUENPOLITIK DER EVANGELISCHEN FRAUEN IN WÜRTTEMBERG 2016
zur Verwendung in Kirchengemeinden- und -bezirk**

**Der Gerechte weiß um die Sache der Armen.**

***Sprüche 29,7***

Frauen sind in Deutschland überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen und bedroht. Eine Tatsache, die nicht von ungefähr kommt sondern deren Ursache zum großen Teil in dem Rollenbild, das wir als Gesellschaft (noch immer) von Frauen haben, begründet ist. Das Bild der Frau als „Mutter und Hausfrau“ und dem Mann als „Versorger“ hat eine lange Tradition und spiegelt sich auch in der Lebenswirklichkeit der Deutschen wieder. Erwerbsarbeit leisten Männer, Sorgearbeit Frauen, das hat Tradition und ist auch trotz immer mehr Frauen, die auch arbeiten, eine konstante Rollenaufteilung geblieben.

Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen Frauenarmut und Erwerbsarbeit, bzw. fehlender Erwerbsarbeit. Frauen arbeiten häufig Teilzeit in ihren bezahlten Berufen um sich privat und unbezahlt der Sorge- und ehrenamtlichen Arbeit widmen zu können. Das aber führt dazu, dass Frauen häufig keine eigenständige Existenzsicherung haben und auch keine angemessene Rentenversorgung – die Aufgabenlast auf den Frauen ist also Teil des Wegs in die Armut. (Gut bezahlte) Erwerbsarbeit ist der Schlüssel und Weg zum Schutz vor der Armut.

Wie aber ist die Situation der Frauen in Württemberg, hier im wirtschaftlich erfolgreichen und wohlhabenden Bundesland?

Um die Frage nach Armut und Frauenarmut zu beantworten, müssen wir zunächst wissen, was Armut eigentlich ist. Nach dem Armutsverständnis der EU gilt das Konzept von der „relativen Armut“, das heißt, dass die Einkommensverhältnisse des Einzelnen in den Vergleich zum Wohlstand der jeweiligen Bevölkerung gesetzt werden. Danach gelten Personen als arm, wenn sie über so geringe materielle, kulturelle und soziale Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedsstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist. Das heißt, diese Personen sind von der aktiven gesellschaftlichen Partizipation ausgenommen und wann dieses Ausgenommen sein beginnt, das wird zumeist mithilfe der Grenze der materiellen Mittel festgelegt. Der Armuts- und Reichtumsbericht für das Land Baden-Württemberg hat diese Grenze bei 900 Euro gezogen.

Tatsächlich hat das Land Baden-Württemberg Ende 2015 endlich seinen ersten Armuts- und Reichtumsbericht herausgebracht. Dazu schreibt der Landesfrauenrat Baden-Württemberg: *„Die vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg vorgelegten Statistiken zur Armutsgefährung bzw. zur Einkommensarmut belegen abermals, dass Frauen quer durch alle Differenzierungsmerkmale in Baden-Württemberg stärker armutsgefährdet sind als Männer. Selbst unter den Erwerbstätigen zeigt sich dieser Genderbias. Die hohe Kinderarmut bzw. Armutsgefährdung ist in der Regel Ergebnis der Armut von Eltern. Die Gruppe der besonders armutsgefährdeten Alleinerziehenden besteht ganz überwiegend aus Müttern. Im Lebensverlauf muss ein Großteil der Frauen damit rechnen, dass sich bei ihnen Armutsrisiken kumulieren. Daraus folgende Altersarmut war und ist – konjunkturunabhängig – eher „weiblich“.“* Die Analyse der derzeitigen Lage brachte deutlich heraus, dass Frauen mit 15,8% durchgängig stärker von relativer Einkommensarmut als Männer mit 13,6% betroffen sind. Das bedeutet, dass 15,8% der Frauen in Baden-Württemberg mit weniger als 900 Euro im Monat auskommen müssen. Auch der sogenannte „Gender-Pay-Gap“ hat sich in den letzten Jahren nicht verringert, noch immer verdienen Frauen durchschnittlich 22% weniger als Männer.

Prekär wird es insbesondere bei der Betrachtung der Lage der Alleinerziehenden: das relative Armutsrisiko für Alleinerziehende liegt laut Armutsbericht in Baden-Württemberg bei 45,8%! Das bedeutet fast eine 50/50-Chance für Alleinerziehende ob sie verarmen oder nicht. Wenn wir jetzt noch berücksichtigen, dass 95% der Alleinerziehenden Frauen sind, dann stellt sich uns ein erschreckendes Bild dar: Frau zu sein, ein Kind zu haben, alleinerziehend zu sein und dazu noch jung ist fast schon gleichbedeutend wie arm sein. Genauso führt für viele Frauen sowohl Scheidung vom Partner als auch der Tod des Partners in die Armutsfalle – die Männer sind schließlich meist die Hauptverdiener. Dagegen arbeiten 45 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern sind es lediglich 9,8 Prozent – und wenn das Gehalt des Hauptverdieners, also des Mannes, ganz oder teilweise wegfällt bleibt für den Einpersonenhaushalt, der quasi den gleichen Bedarf wie der Zweipersonenhaushalt mit Partner hat, nicht mehr genug übrig. So kommt es auch, dass Frauen im Alter durchschnittlich knapp 60% weniger Geld bekommen als Männer.

Armut ist weiblich – das wird anhand der Zahlen klar. Weltweit ist das übrigens nicht anders: Frauen erbringen den größeren Anteil der Arbeitsleistungen, erhalten jedoch nur ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als ein Hundertstel des Eigentums.

Woran aber liegt das hier in Deutschland? Und weshalb hat sich an der Situation der Frauen nichts verbessert obwohl wir doch immerhin viele weibliche Politikerinnen haben, ja sogar eine weibliche Bundeskanzlerin haben? Obwohl schon lange mehr Mädchen als Jungen Abitur machen und studieren gehen? Offensichtlich ist: es liegt nicht an dem fehlenden Willen zum Erfolg oder an der fehlenden Bildung der Frauen.

Vielmehr liegen die Gründe in der allgemeinen sozialen Ungleichheit und speziell in der geschlechterspezifischen Benachteiligung. Die ungleiche Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen und damit die ungleiche Chancenverteilung auf Bildung, gesellschaftliche Teilhabe, politischen Einfluss und Gesundheit hat sich laut Armutsbericht weiter verstetigt und verstärkt – statt dass alle mehr haben, hat ein Teil der Bevölkerung immer mehr und der andere Teil immer weniger. Die Ursache für Armut liegt also auch in der allgemeinen sozialen Ungleichheit. Warum aber sind mehr Frauen als Männer betroffen? Das liegt vor allem an unserem patriarchalischen Wertesystem, das eine verfestigte Chancenungleichheit zwischen Männern und Frauen hervorbringt. Hier hat insbesondere die geschlechts-hierarchische Arbeitsteilung einen negativen Einfluss. Was letztlich als Armutsursache identifiziert wird, hängt nicht unerheblich davon ab, wie weit man die Wirkungskette zurückverfolgt – die Wissenschaftlerin Stiegler führt die tief verankerten strukturellen Benachteiligungen der Frauen auf die „Privatisierung und Feminisierung der Haus- und Sorgearbeit für Kinder und bedürftige und die selbstverständliche Mitversorgung von Ehemännern durch Frauen zurück; dieser „Geschlechtervertrag“ sei DIE Quelle des spezifischen Armutsrisikos von Frauen. Der Aufbau unseres Staates beruht auf patriarchalischen Mustern, der deutsche Staat hat eine eigene Existenzsicherung für Frauen nicht vorgesehen, so dass sich hier im Sozialstaat angelegte Benachteiligungen und Ausgrenzungen negativ auf die Möglichkeiten der Existenzsicherung und der Armutsvermeidung für Frauen auswirkt.

Entsprechend lautet eine der wesentlichen Schlussfolgerungen des Armuts- und Reichtumsberichts aufschlussreich: „Armutsbekämpfung ist nicht nachhaltig möglich, ohne die soziale Ungleichheit in den Blick zu nehmen.“ Damit ist genau diese Chancenungleichheit gemeint, die unsere Gesellschaft kreiert und hervorbringt – durch den vermeintlichen Geschlechtervertrag aber auch durch andere eingespielte Strukturen und Hierarchien.

Die zweite Quelle der hohen Armutsgefährdung von Frauen ist die eigene Erwerbsarbeit beziehungsweise die Umstände der Erwerbsarbeit: besonders häufig arbeiten Frauen in Teilzeitmodellen und müssen dafür hohe finanzielle Abstriche machen, sie sind in diskontinuierlicher Erwerbsarbeit, müssen oder machen freiwillig lange „Kinderpausen“ und haben es nachher mit dem Wiedereinstieg in eine gleichwertige Arbeit sehr schwer. Zugleich wirkt sich eine Kinderpause rentenmindernd aus. Diese ermöglichenden oder wie in diesem Fall eher hemmenden Faktoren rund um die Erwerbsarbeit werden von der Sozialpolitik geregelt – deshalb heißt es auch so schön: Sozialpolitik ist Geschlechterpolitik!

Das Abrutschen in die Armut kann jeden treffen, es mag eine Verkettung unglücklicher Umstände sein oder ein mangelnder Auffangmechanismus schuld sein – hier steht unser Staat in der Verantwortung, Frauen in Notsituationen besser zu unterstützen.

Fazit ist jedenfalls, dass (junge) Frauen sich besonders schützen müssen und finanziell schon in früh und dauerhaft unabhängig sein sollten. Vorbeugung tut not. Damit Frauen erst gar nicht in die Armutsfalle geraten, sind auch konkrete politische Maßnahmen notwendig. Dazu die Forderungen der Landesfrauenräte von 2012 in Stuttgart:

* Es müssen eigenständige soziale Sicherungen geschaffen werden und Erwerbseinkommen müssen gerade in den klassischen „Frauenberufen“ existenzsichernd sein. Für alle Erwerbsarbeitsplätze soll von Beginn an die Sozialversicherungspflicht gelten. Dazu müssen Pflege- und Fürsorgeberufe besser bezahlt werden und insgesamt prekäre Arbeitsverhältnisse gerade in den Frauenberufen abgeschafft werden. Insgesamt muss ab sofort der Gender Pay Gap beseitigt werden, denn gleiche Arbeit muss auch heißen gleicher Lohn!
* Die steuer- und rentenrechtlichen Rahmenbedingungen müssen angepasst werden, das Ehegattensplitting muss abgeschafft werden, Kindererziehungszeiten müssen anerkannt werden. Die Forderung ist, dass familienbezogene Leistungen reformiert werden, so dass nicht nur Ehegattensplitting sondern auch die Schieflage von Kindergeld und Kinderfreibetrag behoben werden. Dazu muss es eine Kindergrundsicherung geben, so dass das Existenzminimum für alle Kinder gesichert ist; der Unterhalt der Kinder muss bis zur Volljährigkeit oder dem Ende der Ausbildung des Kindes gesichert sein.
* Die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen für alle Kinder müssen kostenlos und bedarfsgerecht sein – hier sind auch die Bildungsbeauftragten gefordert, die mehr Sensibilität für die Probleme einkommensschwacher Familien zeigen müssen. Für eine erfolgreiche Chancengleichheit auch für Kinder aus armen Familien ist es wichtig, dass Präventionsketten in den Kommunen ausgebaut werden, so dass bestehende Angebote vernetzt werden quasi lebenslaufbegleitend die Kinder von Geburt bis zum erfolgreichen Berufseinstieg begleiten.
* Viele Frauen sind selbstständig und damit in keiner gesetzlichen Versicherung – deshalb fordern die Frauenräte, dass ausnahmslos alle Erwerbstätigen in gesetzliche Renten- und Sozialversicherungen einbezogen werden müssen und eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Einkommen stattfinden muss. Deshalb fordert der Landesfrauenrat auch eine deutliche Anhebung des Entlastungsbetrags für Alleinerziehende im Steuerrecht. Genauso benötigen viele Frauen bessere Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Care-Aufgaben.

Diese Forderungen zeigen Verbesserungsbedarf auf und sind zugleich der Beweis dafür, dass Armut weiterhin weiblich ist. Dazu ist Armut eben auch Alleinerziehend und Armut ist auch „Alt“ – besonders Rentnerinnen leben häufig am Existenzminimum, haben 60% weniger Geld zu Verfügung als Männer im Rentenalter. Deshalb fordern die Landesfrauenräte auch eine Mindesthöhe der Rentenleistung, die dann auch gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht – anders als es die heutige Grundsicherung tut – diese sichert lediglich ein Überleben, von aktiven Leben und Teilhabe kann da nicht die Rede sein!

Mithilfe dieser Maßnahmen soll zukünftig vermieden werden, dass gerade so viele Frauen in die Armut abrutschen.

Aber was ist mit den Frauen, die schon in der „Armutsfalle“ stecken? Wenn es zu spät ist, meine soziale Sicherung in die Hand zu nehmen, weil ich alt bin oder durch fehlende Ausbildung abhängig von meinem Ehemann, weil ich keine Zeit habe, neben meinen Pflegeaufgaben zuhause noch einer, wie es so schön heißt, „regulären“ Arbeit nachzugehen? An wen kann ich mich wenden, wo finde ich Hilfe und Beratung, bei wem kann ich auf Verständnis und Mitgefühl hoffen? Wo finde ich Frauen, mit denen ich gemachte Erfahrungen teilen kann, wo werde ich nicht aufgrund meiner finanziellen Situation ausgeschlossen? Und wie kann ich trotz fehlender finanzieller Mittel weiterhin gesellschaftlich Partizipieren?

Gute Angebote für Betroffene gibt es vor allem in und im Umfeld der Kirchen; gerade die Diakonie hat häufig viele hilfreiche Beratungsangebote.

**Dem Armen wird Hoffnung zuteil.**

***Hiob 5,16***

**Reiche und Arme begegnen einander, der Herr hat sie alle gemacht.**

***Spr. 22,2***)